

# Salzkörner

Materialien  
für die Diskussion  
in Kirche  
und Gesellschaft



ZdK

24. Jg. Nr. 2  
April 2018

## Editorial

### Originalzitate

In jeder Gesellschaft muss man mit Entwicklungen leben, die man bedauert: den rüden Umgang mit öffentlichem Eigentum, die Drängelei auf der Autobahn oder ganz schlicht den Umgangston unter zivilisierten Menschen betreffend – man muss so gut es geht gegensteuern.

Unser Präsident hat sich in diesen Wochen schützend vor die in Deutschland lebenden friedlichen Mitbürger muslimischen Glaubens gestellt. Einmal abgesehen davon, dass es in unserer Gesellschaft Millionen von Islam- und Koranexperten zu geben scheint, war das Echo ernüchternd.

Einige Originalzitate: "Herrn Sternberg steht es frei, zum Islam zu konvertieren! Nur zu und am besten gleich auswandern!!!", "Gott sei Dank bin ich aus der katholischen Kirche ausgetreten. So wie Sie und der Papst gerade mit den Katholiken umgehen, ist unglaublich", "Sie ignorieren weiter alle guten Argumente, die für eine existenzielle Bedrohung durch das totalitäre System Islam sprechen", "Eigentlich ist Prof. Sternbergs Meinung in dieser Hinsicht gar nicht gefragt! Hier ist an erster Stelle die Meinung des Volkes gefragt! Aber so etwas kennt dieser Herr nicht!!!", "Ihre i.d.R. hysterischen öffentlichen Stellungnahmen zu Fragen von Asyl, Migration und Integration muslimischer Menschen deuten für mich darauf hin, dass Sie unkritisch und unreflektiert im Mainstream von Katholischer Kirche und Bundeskanzleramt schwimmen, um sowohl in Rom als auch in Berlin wohl gelitten zu sein". Solche Mails und Briefe werden nicht beantwortet. Es macht keinen Sinn bei Menschen, die – auch in den Social Media – jede Netiquette missachten. Die Verfasser erhalten künftig dieses Editorial und einen Hinweis auf unsere Erklärung "Keine Gewalt im Namen Gottes!"

Beleidigungen und Schmähungen werden ihr Ziel nie erreichen. Bemerkenswert aber ist, und das ist eine gesellschaftliche Herausforderung: Immer wieder fällt das Wort "Angst".

Stefan Vesper

## Inhalt

**Fluchtursachen bekämpfen oder das gemeinsame Haus bewohnbar machen? \_\_\_\_\_ 2**

Globale Zusammenhänge anerkennen

[Michael Steeb](#)

**Die wahren Feste sind die religiösen \_\_ 4**

Warum Deutschland eine neue Feiertagskultur braucht

[Olaf Zimmermann](#)

**Zwischen Heimat und Globalisierung \_ 6**

Politische Bildung im Koalitionsvertrag 2018

[Karl Weber, Gunter Geiger](#)

**Ehrenamtliche \_\_\_\_\_ 8**

Die BaumeisterInnen der Demokratie

[Katharina Norpoth](#)

**Wie eine Idee laufen lernt \_\_\_\_\_ 10**

#FriedensFinderinnen – ein interreligiöses Netzwerk von Frauen will Initiativen für den Frieden sichtbar machen und neue anregen

[Nathalie Pieper, Lioba Speer](#)

**"Preis der Deutschen Katholikentage" \_ 12**

Auszeichnung für Kinderstadt und zwei Sozialprojekte

[Theodor Bolzenius](#)

## Fluchtursachen bekämpfen oder das gemeinsame Haus bewohnbar machen?

Globale Zusammenhänge anerkennen

**Seit geraumer Zeit sind uns in Europa die Bilder vom Grenzzaun der spanischen Enklaven in Nordafrika ebenso geläufig wie die grausigen Nachrichten vom Untergang überladener Flüchtlingsboote, die das Mittelmeer zu einem riesigen Friedhof machen. Vielmehr noch aber hat sich in das kollektive deutsche Gedächtnis der Herbst 2015 eingebrannt. Das Schicksal der Flüchtlinge ist nicht mehr nur ein Thema in den Nachrichten, das sich fernab von Deutschland, schlimmstenfalls an unseren europäischen Außengrenzen abspielt, sondern es wurde durch die zu uns gekommenen Menschen in unserer Nachbarschaft (be-)greifbar.**

Dies hat nicht nur ein beispielloses Engagement deutscher Bürgerinnen und Bürger hervorgerufen, sondern auch unsere innenpolitische Landschaft extrem polarisiert. Die Verluste der CDU/CSU und der SPD bei der letzten Bundestagswahl lassen sich wohl zum guten Teil aus den Umständen und Ereignissen rund um den Herbst 2015 erklären. Sowohl die außen- wie innenpolitische Dimension der Vorgänge in den Jahren 2015/16 als auch die menschenrechtlichen wie zutiefst menschlichen Herausforderungen konnte eine demokratisch gewählte und unserer Verfassung verpflichtete Regierung nicht negieren. Doch spätestens bei den Jamaika-Verhandlungen als auch zur Großen Koalition war von dem "Geist des Herbstes 2015" nicht mehr viel übrig geblieben. Das Gefeiltsche und Geschachere um Obergrenzen und Familiennachzug hat die zu uns geflohenen Menschen zum Objekt innenpolitischer Auseinandersetzung degradiert.

Das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereits im März 2015 aufgelegte Programm zur Fluchtursachenbekämpfung, das in sich durchaus die Herausforderungen richtig umreißt und in den Maßnahmen nicht falsch ist, droht vor der aktuellen deutschen Diskussion zur Farce zu werden. Im aktuellen Koalitionsvertrag heißt es, dass eine Kommission zu "Fluchtursachen" eingerichtet werden soll und weiter: "Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge". Es ist schon bemerkens-

wert, dass die Koalitionäre sich bemüßigt fühlten, diesem Verdacht verbal entgegenzutreten.

### Das BMZ-Programm zur Bekämpfung der Fluchtursachen

Im März 2015 hatte Bundesminister Dr. Gerd Müller anlässlich der verspäteten Verabschiedung des Bundeshaushaltes angekündigt, dass die Vermeidung von Fluchtursachen und die Reintegration von Flüchtlingen ein künftiger Schwerpunkt sein werde.

"Unabhängig von ihrer Entstehung können Fluchtursachen nur durch ein langfristiges Engagement behoben werden. Ziel ist es, die Lebensbedingungen derart zu verbessern, dass Menschen ihre Heimat nicht verlassen müssen. Dazu sind Initiativen nötig, die die politische und wirtschaftliche Stabilität fördern, Sicherheit schaffen und den sozialen Zusammenhalt unterstützen", so das BMZ.

Das soll insbesondere durch drei Sonderinitiativen befördert werden:

1. *Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren*  
Mit dieser Sonderinitiative sollen sowohl kurzfristig Flüchtlinge, Binnenvertriebene und aufnehmende Gemeinden unterstützt als auch langfristig entstandene, strukturelle Fluchtursachen wie Armut, Ungleichheit oder Ernährungsunsicherheit beseitigt werden.
2. *Stabilisierung und Entwicklung in Nordafrika und Nahost*  
Mit dieser Sonderinitiative will das BMZ auf die politischen Umbrüche in der Region reagieren und Maßnahmen, die zur Friedenssicherung, wirtschaftlichen Stabilisierung und zur Förderung der Demokratie beitragen, unterstützen.
3. *EINEWELT ohne Hunger*  
Ziel der Sonderinitiative ist es, Hunger und Mangelernährung zu beseitigen und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die weiter wachsende Weltbevölkerung auch in Zukunft ausreichend ernähren kann. Im Rahmen der Initiative werden zum Beispiel Maßnahmen gefördert, die Beschäftigung und Einkommen im ländlichen Raum fördern, den gerechten Zugang zu Land schaffen und die natürlichen Ressourcen schützen.

# Flucht und Migration

## Reintegration

Natürlich spielen im Zusammenhang mit Flucht und Migration weit mehr Faktoren eine Rolle als die humanitäre Dimension. Politik hat auch Antworten zu finden auf

- die ordnungspolitischen Herausforderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht, die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt,
- sicherheitspolitische Aspekte und
- die künftige Ausrichtung der EU, die sich ja durchaus als Wertegemeinschaft versteht und bisher ein katastrophales wie zerstrittenes Bild abgegeben hat.

Es ist aber höchste Zeit, dass die Auseinandersetzung um die internationalen Flucht- und Migrationsbewegungen aus den Niederungen der Wahlkampfretorik geholt und in einen auch menschenrechtlich zielführenden Kontext gestellt wird.

Als Erstes sollte dazu der Eindruck vermieden bzw. ausgeräumt werden, dass die Herausforderungen mit Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und einem strikten ordnungs- wie sicherheitspolitischen Vorgehen im Innern Deutschlands und an den Außengrenzen der EU auch nur ansatzweise zu leisten wäre. In der aktuellen öffentlichen Diskussion erwecken die Begriffe "Bekämpfung der Fluchtursachen" und "Reintegration" die Vorstellung einer zügigen Lösung, und zwar im Sinne des Stopps des Zuzuges und der baldigen Rückführung der Flüchtlinge in ihre Heimatländer.

### Geschichtsvergessenheit

Ohne einen vertieften und ehrlichen gesellschaftlichen Diskurs über den Umgang mit "Fremden" wird das Feld den rechten Populisten überlassen, die die Regierung munter vor sich her treiben können. Man mag ja gute Gründe für ein Heimatministerium ins Feld führen können, ein dringliches Bedürfnis nach Schaffung eines derartigen Ressorts war jedenfalls bisher in der Öffentlichkeit nicht zu verspüren. Es vermittelt eher den Eindruck von Hilflosigkeit.

Dabei böte allein der Blick in die eigene deutsche Vergangenheit doch eine gute Grundlage für eine sachgerechte und profunde Auseinandersetzung mit den Themen Flucht, Vertreibung und Migration. Wir sollten uns dabei an die wirtschaftlich bedingten Migrationsströme der Deutschen im 18. und 19. Jahrhundert, an die dramatische Flucht deutscher Mitbürger/innen aus einem barbarischen, nationalsozialis-

tischen Deutschland im 20. Jahrhundert oder der nach dem Krieg aus dem Osten Vertriebenen erinnern.

Neben dieser Geschichtsvergessenheit ist ebenso erstaunlich, dass in der öffentlichen Diskussion die Fakten um die globalen Fluchtbewegungen und brutale Vertreibung fast keine Rolle spielen. Wer weiß denn, dass im Jahr 2016 die weltweite Zahl der Flüchtlinge auf einen Höchststand von 65,6 Mio. angestiegen ist, dass jeder 113. Erdenbewohner von Flucht und Vertreibung betroffen ist? Alle drei Sekunden musste 2016 ein Mensch erzwungenermaßen aus seiner Heimat fliehen. Wer nimmt überhaupt zur Kenntnis, dass der weitaus größte Anteil der Flüchtlinge und Vertriebenen mit 40,3 Mio. die Binnervertriebenen stellen und nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz in Industrieländern wie Deutschland Zuflucht sucht. Dies alles ist im Jahresbericht "Global Trends" 2016, den die UN-Organisation für Flüchtlingsfragen (UNHCR) im Juni 2017 veröffentlichte, eindrucksvoll dokumentiert.

### Nationale "Abwehrschlachten"

Dabei sind die Ursachen der aktuellen Vertreibungen und Flucht gerade aus den derzeit zahlenmäßigen Hauptländern Afghanistan, Irak und Syrien im Wesentlichen durch die westliche Politik und Militäreinsätze wenn nicht verursacht, so doch erheblich verstärkt worden. "Fluchtursachenbekämpfung" wird dann eher Mittel zur Behebung eigener Versäumnisse, wohl gemerkt ohne Schuldanerkennung. Erschwert wird eine Lösung, die nur in internationaler Zusammenarbeit gelingen kann, durch bewusste Schwächung der UN-Organisationen und einer nur begrenzt handlungsfähigen Europäischen Union.

Die globalen Flucht- und Migrationsbewegungen sind nicht in nationalen "Abwehrschlachten" zu bewältigen, sondern in Anerkennung der globalen Zusammenhänge und Herausforderungen. Neben mehr Demut angesichts unserer eigenen Verstrickung sollten wir darangehen, das "gemeinsame Haus" für alle Erdenbürger/innen bewohnbar zu machen. *Laudato Si'* und die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung bieten eine gute Grundlage.

| Michael Steeb

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe e. V. (AGEH)

## Die wahren Feste sind die religiösen

Warum Deutschland eine neue Feiertagskultur braucht

**"Und Gott vollendete am siebten Tag sein Werk, das er gemacht hatte; und er ruhte am siebten Tag von all seinem Werk, das er gemacht hatte. Und Gott segnete den siebten Tag und heiligte ihn; denn an ihm ruhte er von all seinem Werk, das Gott geschaffen hatte, in dem er es machte." (Genesis 2, Vers 1-4, zitiert nach Elberfelder Studienbibel)**

Der heilige Sonntag ist für viele Menschen längst kein heiliger Tag mehr. Für immer mehr Menschen ist der Sonntag ein (fast) normaler Arbeitstag. Und das gilt längst nicht mehr nur für Feuerwehrleute, Krankenhauspersonal, Polizisten und Polizistinnen oder Geistliche. Bäckereien haben – zumindest in Städten – inzwischen üblicherweise geöffnet, und ohne Sonntagsöffnung vor Weihnachten scheint es unmöglich zu sein, die Geschenke für das Fest der Liebe zu besorgen.

Welche Bedeutung der wöchentliche Feiertag hat, wird Jerusalem-Besuchern deutlich: In der Altstadt drängen sich freitagabends Muslime auf dem Weg zur al-Aqṣā-Moschee und Juden zum Schabbat an der Westmauer. Von Muslimen betriebene Geschäfte in der Altstadt von Jerusalem schließen frühzeitig, um das Freitagsgebet nicht zu versäumen. Ähnliches gilt für die von Juden unterhaltenen Geschäfte für den Freitagabend und den Samstag. Schabbat ist Schabbat. Und schließlich halten die christlichen Händler ihre Läden in der Altstadt am heiligen Sonntag geschlossen. Christinnen und Christen suchen die Messen und Gottesdienste auf. In der heiligen Stadt der drei Buchreligionen, Judentum, Christentum und Islam, kann nachgespürt werden, welche Bedeutung der siebte Tag, an dem Gott ruhte, für Christen und Juden und welche die im Koran verankerte religiöse Verpflichtung für das Freitagsgebet für Muslime hat. Egal, ob es ein Freitag, ein Samstag oder ein Sonntag ist.

### Deutlicher Verlust

Diese Wertschätzung der Feiertage irritiert und berührt den westlichen Besucher. Noch mehr verwundert, welche Bedeutung dem Feiern beispielsweise beim Pessach, Yom Kippur, Ramadan oder auch Ostern in der Heiligen Stadt beigemessen wird. Ramadan, der Fastenmonat der Muslime, in Jerusalem bedeutet auch, dass die Nacht zum Tag gemacht wird. Besonders freitags erhellen Lichterketten die Altstadt und Gebete, Musik und Gespräche bilden eine allgegenwärtige Geräuschkulisse.

Eine solche Feiertagskultur besteht in Deutschland leider nicht. Egal, ob zu Weihnachten, Ostern, Pfingsten oder einem anderen kirchlichen Feiertag, schnell steht die Frage im Raum, was der Mehrzahl der Gesellschaft die Feiertage überhaupt noch sagen. Wobei das Wort "noch" bereits einen deutlichen Verlust beschreibt. Christliche Feiertage sind für viele Menschen ihres christlichen Gehalts entleert, weil sie wenig Bindung an das Christentum empfinden. So ist Weihnachten das Fest des Weihnachtsmannes, Ostern das des Osterhasen und Pfingsten das der Pfingstausflüge und zusammen mit Himmelfahrt der aus Brückentagen gebildete Kurzurlaub.

### Zeit zum Atemholen

In einer historischen Perspektive hatten christliche Feiertage verschiedene Funktionen. In Zeiten, in denen es keine tarifvertraglich gesicherten Urlaubszeiten gab, boten Feiertage Zeit zum Atemholen, zum Erholen. Sie unterbrachen die Arbeitszeit. Und sie strukturierten den oftmals eher monotonen Alltag gerade der auf dem Land lebenden Menschen in den letzten Jahrhunderten. Sie schafften Höhepunkte und stärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl, man traf sich in der Kirche zur Christmette, zur Osternachtfeier. Christliche Feiertage nahmen zugleich vorchristliche Traditionen auf und leisteten damit auch erfolgreich einen Beitrag zur Christianisierung.

Und heute? Ist für viele Menschen nur noch die Urlaubsfunktion von christlichen Feiertagen geblieben? Und entsteht vielleicht aus dem eigenen Verlust der religiösen Rückbindung an christliche Feiertage die Abwehr gegenüber nicht-christlichen, zum Beispiel muslimischen Feiertagen?

### Heftige Diskussion

In Deutschland gehörten im Jahr 2016 zwischen 34 und 36 Prozent keiner Religionsgemeinschaft an, 28 Prozent gehörten der römisch-katholischen Kirche und 26 Prozent einer der Gliedkirchen der EKD an. 0,1 Prozent sind Mitglieder einer dem Zentralrat der Juden angehörenden Jüdischen Gemeinde. Hinzu kommen freikirchliche Gemeinschaften, die nicht der EKD angehören, Mitglieder der orthodoxen Kirchen, Alawiten, Hindus, Buddhisten und andere mehr. Die Zahl der Muslime in Deutschland kann nur geschätzt werden. Die Bundesregierung geht von 4,4 bis 4,7 Millionen Muslimen aus, das wären knapp 6 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die deutliche Mehrzahl der Bevölkerung gehört also einer der beiden großen christlichen Kirchen an. Von einer Übernahme der Vorherrschaft anderer Religionsgemeinschaften, speziell des Islams, kann also nicht die Rede sein. Und nur ein Drittel der Bevölkerung gehört überhaupt keiner Religionsgemeinschaft an. Wobei innerhalb Deutschlands in Ostdeutschland der Anteil derjenigen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, deutlich höher ist als in Westdeutschland.

Im vergangenen Jahr wurde, ausgelöst von einem Vorschlag des damaligen Innenministers Thomas de Maizière, eine heftige Diskussion darüber geführt, wie Feiertage nicht-christlicher Religionen gefeiert werden und in den Feiertagskalender aufgenommen werden könnten. Dieser Vorschlag rief teilweise Proteste hervor, befürchteten doch einige eine Islamisierung der Gesellschaft durch einen (!) islamischen Feiertag im Jahr.

### Religiöser Gehalt

Ich bin der festen Überzeugung, dass weder die deutsche Gesellschaft insgesamt noch die 46 Millionen Christen in Deutschland Sorge vor religiösen Feiertagen anderer Religionsgemeinschaften zu haben brauchen. Die Einführung zum Beispiel eines muslimischen Feiertags könnte zum einen den religiösen Charakter des Islams hervorheben. Muslime wären in der Verantwortung, den Sinn dieses Feiertags zu erläutern und könnten dazu einladen, gemeinsam mit ihnen den Feiertag zu begehen. Einige muslimische Gemeinschaften machen dies bereits sehr erfolgreich zum Fastenbrechen.

Die Einführung eines solchen Feiertags könnte darüber hinaus Christen ermuntern, dem religiösen Gehalt ihrer Feiertage nachzuspüren, sie zu erläutern und entsprechend zu begehen. Offene Türen der Kirchen an diesen Feiertagen inklusive. Eine solche Sinnerfüllung von Feiertagen könnte auch dabei helfen, gemeinsam Diskussionen entgegenzutreten, warum am Karfreitag und Totensonntag bestimmte Vergnügungen nicht zulässig sind. Christinnen und Christen könnten also im übertragenen Sinne von der Feiertagskultur anderer Religionsgemeinschaften profitieren und ihre eigene Feiertagskultur revitalisieren.

"Die wahren Feste sind die religiösen", sagte der französische Moralist Joseph Joubert Ende des 18. Jahrhunderts. Das stimmt auch im 21. Jahrhundert.

| [Olaf Zimmermann](#) |

Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

## Zwischen Heimat und Globalisierung

Politische Bildung im Koalitionsvertrag 2018

**Die Suchfunktion der Textverarbeitung bringt zunächst ein scheinbar mageres Ergebnis: Nur an wenigen Stellen hat es die "Politische Bildung" in den Koalitionsvertrag geschafft. Und zwar als unverzichtbares Instrument der "Inneren Führung" bei der Bundeswehr für den "Staatsbürger in Uniform" und – dann schon nicht mehr alleine – zusammen mit der kulturellen Bildung als wichtiger Bestandteil der historisch-politischen Gedenkstättenarbeit. Das Flaggschiff, die Bundeszentrale für politische Bildung, bleibt – im Gegensatz zu manch anderer Behörde und marginaleren Projekten – ganz außerhalb der Wahrnehmung der Koalitionäre.**

Doch der erste Eindruck täuscht: Im Vertrag sind eine Reihe von Vorhaben beschrieben, die unmittelbar der Stärkung der politischen Bildung zuzurechnen sind. An vorderster Stelle ist die Förderung der Demokratie zu nennen, die sich wie ein roter Faden durch das Dokument zieht. Die Koalition will gezielt politische und kulturelle Bildung für dieses Anliegen stärken und nennt dazu eine Reihe von Programmen, die sie dazu ausbauen will, "gegen Rechtsextremismus, gegen Linksextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Islamismus und Salafismus". Sätze wie "Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie stärken. Das gesellschaftliche und politische Engagement sowie die kulturelle Bildung junger Menschen sind für uns von großer Bedeutung. Hierzu wollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen" sind wichtige Absichtserklärungen für die Stärkung der (jugend-)politischen Bildung.

Es wird sich in der Umsetzung zeigen, mit welchen Instrumenten dies angegangen werden soll. Der Kinder- und Jugendplan des Bundes hat sich in den vergangenen Jahrzehnten in der Förderpraxis bewährt, eine Ausweitung der Regelförderung für die politische Jugendbildung würde den Ansatz sehr konkret unterstützen. Zu begrüßen ist ebenfalls, dass die Mittel für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit aufgestockt werden sollen; ange-

sichts der komplexen und vielfältigen Herausforderungen der Globalisierung ist das ein wichtiges Ziel.

### Vertrauenskrise überwinden

Durchaus selbstkritisch konstatieren die Regierungsparteien eine Vertrauenskrise in der repräsentativen Demokratie, die es zu überwinden gelte. Mehrfach wird dies diagnostiziert und erste Antworten gegeben. Man wolle "den Bundestag wieder zum zentralen Ort der gesellschaftlichen und politischen Debatte machen" und eine Expertenkommission "einsetzen, die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden".

Die Folgen der Digitalisierung, ein Schwerpunkt des Regierungsprogramms, sind für die politische Bildung jedoch noch nicht explizit im Blick. Angesichts der Möglichkeiten zur Wahlbeeinflussung, die mittlerweile über die sogenannten sozialen Netzwerke entstehen, wäre das ein dringendes Desiderat. Es ist eben nicht nur eine Frage der technischen Grundausstattung, ob Digitalisierung gelingt. Gegen Hass und Verleumdung sind Haltungen des Respekts und der Wahrhaftigkeit gefragt, neue digitale Bürgertugenden müssen gelernt und gelehrt werden. Die Beteiligung der nonformalen Bildung am geplanten nationalen Bildungsrat könnte dies unterstützen.

### Zentrale demokratische Identitätsfragen

In der Zusammenschau werfen diese zum Teil doch sehr unterschiedlichen Elemente für die politische Bildungsarbeit im engeren und weiteren Sinne Fragen auf. Viele Ressorts sind unterwegs, die Zuständigkeiten unterschiedlich verteilt. Ein hoher Koordinationsaufwand und konkurrierende Zielvorstellungen sind absehbar. In der Debatte unmittelbar nach der Regierungsbildung, ob und inwieweit der Islam zu Deutschland gehört, waren sie schon spürbar. Die Leitidee des Zusammenhalts, der es bis in den Titel des Koalitionsvertrags geschafft hat – "Ein neuer Zusammenhalt für unser Land" –, wird sehr unterschiedlich ausgelegt und verstanden.

Am deutlichsten wird dies bei der noch nicht vorhandenen konzeptionellen Unterfütterung des Heimat-Begriffes. Als Unterpunkt des Kapitels "Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen" wird im Koalitionsvertrag Heimat zunächst nur als ausschließlich kommunale Größe für Städtebaufragen und Regionalplanung zur Behebung des Stadt-Land- und des Ost-West-Gefälles verstanden. Wie Phönix aus der Asche tauchen im Anschluss als Themen einer "Heimat mit Zukunft" die "Stärkung der Zivilgesellschaft und des Ehrenamts" und der "Demokratie und Extremismusprävention" auf. Unwillkürlich erinnert man sich, dass die westdeutsche Bundeszentrale für politische Bildung von 1952 bis 1963 als "Bundeszentrale für Heimatdienst" firmierte und ebenfalls zentrale demokratische Identitätsfragen der damals jungen Republik klären sollte.

### Brückenschlag zwischen Globalisierung und Heimat

Und um Identitätsfragen in einer zunehmend verunsicherten und auseinanderdriftenden Gesellschaft geht es auch in diesem Koalitionsvertrag. Dessen Protagonisten müssen sich – vielleicht erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik – im Zeitalter der Globalisierung mit neuen Bruchlinien auseinandersetzen, mit kommunitaristischen Einstellungen, die die Zugehörigkeit und Mitgliedschaft in nationalen und kommunalen Kontexten favorisieren und "kosmopolitische(n) Einstellungen, die universelle Verpflichtungen betonen" (Karl-Rudolf Korte). Innerhalb dieser Auseinandersetzung wird der politischen Bildung im Koalitionsvertrag derzeit in der Grundausrichtung eher eine passive Funktion zugewiesen. Es geht vorrangig um Gefahrenabwehr. Diese verständliche, aber einseitige Ausrichtung sollte die nonformale politische Bildung, zumal in kirchlicher Trägerschaft, nicht vorschnell kritiklos annehmen. Verstärkt muss sie sich für eine positive Begründung und Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie einsetzen. Denn wenn staatliche Demokratieförderung nicht durch ein nennenswertes zivilgesellschaftliches Engagement rückversichert ist, kann sie leicht als Selbstinszenierung von öffentlichen Institutionen und ihrer Repräsentanten missverstanden werden.

Einen Ansatzpunkt für einen positiven Zugang bietet die inhaltliche Lücke, die der Koalitionsvertrag bislang beim Heimat-Begriff gelassen hat. Politische Bildungsarbeit in katholisch-sozialer Trägerschaft stellt die Identitätsfrage nach der Beheimatung ebenfalls. Sie richtet sich allerdings anders aus: Christen fragen, "wer wir sein wollen für die anderen" (Kardinal Marx) – und nicht, wer wir sein wollen gegen die anderen. Dass diese Frage nicht mehr national beantwortet werden kann, liegt auf der Hand. Politische Bildungsarbeit in kirchlicher Trägerschaft wagt diesen Brückenschlag zwischen Globalisierung und Heimat – besonders im ländlichen Raum, aber auch an sozialen Brennpunkten der Großstädte.

Es braucht noch mehr Bildungsinitiativen und Konzepte, die in Zeiten der Verunsicherung Vertrauen begründen und vor allem vermitteln, dass man selbst etwas tun kann, um Heimat in der globalen Welt für sich und andere zu schaffen. Man darf gespannt sein, in welche Richtung sich diese Diskussion in den kommenden Monaten auf der Grundlage des Koalitionsvertrags entwickeln wird.

#### Dr. Karl Weber

Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB)

#### Gunter Geiger

Vorsitzender der AKSB

## Ehrenamtliche

Die BaumeisterInnen der Demokratie

**"Ach, du machst das ehrenamtlich?!" – Manchmal sind Menschen im Gespräch verwundert, dass ich mein Amt als Bundesvorsitzende des BDKJ ehrenamtlich ausübe. Für mich ist das selbstverständlich. Ich bringe mich gerne in Politik, Kirche und Gesellschaft ein und ich weiß, dass ich mit meinem Engagement nicht alleine bin und wir gemeinsam viel bewegen können – sei es in unserem Alltag oder bei Aktionen wie der bundesweiten 72-Stunden-Aktion. Nicht nur in den Jugendverbänden wird die maßgebliche Arbeit von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern geplant, koordiniert und umgesetzt.**

Nach der Zeitverwendungsstudie von 2012 investieren ehrenamtlich Tätige rund 3.300 Millionen Stunden für ihr Engagement. Nach dem Freiwilligensurvey von 2014 geht man davon aus, dass sich 44 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagieren, das entspricht einer Zahl von 31 Millionen Menschen! Diese Zahlen sind jedoch abhängig von bestimmten engen Parametern, an denen freiwilliges Engagement gemessen wird. Sieht man freiwilliges Engagement als weit gefassten Begriff, engagieren sich mehr als zwei Drittel der Gesellschaft freiwillig. Diese Zahlen machen deutlich, dass ehrenamtliches Engagement eine wesentliche Säule unserer Gesellschaft darstellt und sie in entscheidender Weise prägt.

Eine starke Zivilgesellschaft zeichnet sich durch ein besonders hohes Maß an ehrenamtlichem bzw. bürgerschaftlichem Engagement aus und fördert nicht nur den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft, sondern ist gleichzeitig Lern- und Erfahrungsfeld für jede und jeden Einzelnen. Gerade in Jugendverbänden, die "Werkstätten der Demokratie" sind, lernen Kinder von klein auf Partizipation und Demokratie. Auch der gegenseitige respektvolle Umgang miteinander, der in Gruppenstunden gelebt wird, trägt maßgeblich zur Entwicklung junger Menschen bei. Ganz selbstverständlich und fast nebenbei werden Toleranz erlernt und die Unterschiedlichkeiten der einzelnen Persönlichkeiten akzeptiert.

### Beitrag zur Extremismusprävention

Junge Menschen werden so zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Die in den verbandlichen Strukturen und Räumen erprobten Fähigkeiten können sie in unserer demokratischen Gesellschaft anwenden und weiterentwickeln. Sie gestalten unsere Demokratie aktiv mit. Wir beobachten immer wieder, dass junge Menschen, die in den Jugendverbänden Verantwortung getragen haben, auch nach dieser Zeit ehrenamtlich engagiert sind.

Durch das Erlernen von Toleranz und den Umgang mit Vielfalt trägt ehrenamtliches Engagement in den Jugendverbänden auch zur Extremismusprävention bei. Aber dies ist nicht das Hauptaugenmerk der jugendverbandlichen Arbeit, sondern vielmehr eine ganzheitliche Bildung, die über die formale Bildung in Schule, Ausbildung und Studium hinausgeht. Gerade im Bereich des ehrenamtlichen Engagements lassen sich Fähigkeiten ausbilden, die von wesentlicher Bedeutung für das Individuum sind, aber in institutionellen Bildungseinrichtungen keinen Platz finden. Dies gilt jedoch nicht nur für die Jugendverbandsarbeit insbesondere, sondern auch darüber hinaus für die Arbeit von Erwachsenen in vielen Verbänden und Organisationen. "Vieles, was ich kann, habe ich im Verband gelernt" – diese Aussage treffen viele, die sich engagiert haben. Vielleicht waren sie mit ihrem Organisationstalent genau richtig bei der Planung des Ferienlagers oder sie haben ein gutes Gespür dafür entwickelt, wie Gruppen angeleitet und geleitet werden können. Verbände sind Wirk- und Lernorte.

### Beitrag zur politischen Bildung

Nicht nur im (jugend-)verbandlichen Alltag werden viele Kompetenzen erlernt, sondern es besteht auch darüber hinaus die Möglichkeit, in Kursangeboten die eigenen Kompetenzen zu stärken. So ist es möglich, die unterschiedlichen Interessen zu fördern und Bildungsmöglichkeiten über den formalen Bereich hinaus zu bieten. Dabei ist nicht nur politische Bildung vorgesehen, sondern beispielsweise auch interkulturelle Bildung im Rahmen von Austauschprogrammen oder Begegnungsreisen, wodurch der persönliche Horizont ebenfalls erweitert wird.

Es werden dadurch Erfahrungsräume eröffnet, die in dieser Form innerhalb von Schule, Ausbildung oder Studium nicht möglich wären. Dazu zählt auch die Auseinandersetzung mit



"fachfremden" Themen, die nicht im schulischen oder beruflichen Schwerpunkt liegen, aber in den persönlichen Interessenbereich fallen.

Des Weiteren wird in der Jugendverbandsarbeit der Grundstein gelegt und Räume eröffnet, über Bildungsdifferenzen im formalen Bereich oder Milieus hinweg Freundschaften zu schließen und miteinander in Kontakt zu kommen. Auf diese Weise ergeben sich ganz neue Perspektiven für das Zusammenleben und das Lernen voneinander und es zeigt sich, dass das Wesentliche nicht in formalen Bildungsniveaus gemessen werden kann. So wird neben Empathie für die Belange und Bedürfnisse "Anderer" das solidarische Miteinander untereinander gefördert.

### Demokratische Prozesse

Politische Bildung ist also nicht in erster Linie das Erlernen von Theorien über politische Systeme oder Prozesse, sondern die Verinnerlichung dessen im alltäglichen Leben. Dafür braucht es ebenso gewisse Voraussetzungen, auf denen man aufbauen kann, sie werden jedoch nicht im Frontalunterricht gelehrt. Vielmehr werden sie durch wiederkehrende Abläufe des gemeinsamen Arbeitens und Zusammenlebens erlernt.

In der (Jugend-)Verbandsarbeit wird im Kleinen deutlich, wie wichtig demokratische Prozesse sind und wie man auf unterschiedlichen Ebenen mitgestalten kann. Beispiele für demokratische Prinzipien in den Verbänden gibt es viele: Etwa wenn ein Amt demokratisch besetzt wird oder bei Versammlungen um den richtigen Beschlusstext gerungen wird. So können alle Menschen durch ehrenamtliches Engagement im Großen und Kleinen mitgestalten, verändern und selbst an diesen Erfahrungen wachsen.

### Anerkennungskultur aufbauen

Um die Menschen als mündige Bürgerinnen und Bürger zu befähigen, müssen allerdings auch tragfähige Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen dies möglich ist. So müssen Freiräume in Schule, Ausbildung und Studium möglich und garantiert sein, um sich ehrenamtlich zu engagieren – dazu zählen z. B. verbindliche Freistellungsregelungen oder eine klare zeitliche Begrenzung der schulischen Aufgaben für Schülerinnen und Schüler auf maximal 35 Stunden pro Woche. Darüber hinaus muss es eine Anerkennungskultur des

ehrenamtlichen Engagements geben, die den unschätzbaren Wert der ehrenamtlichen Arbeit deutlich macht – z. B. durch die Anerkennung außeruniversitären Engagements von Studierenden.

Zum anderen braucht es aber auch stärkere Formen der Partizipation im politischen System. Dazu zählt auch die Absenkung des Wahlalters, da die Gestaltung der zukünftigen Politik gerade Kinder und Jugendliche betrifft. Bereits in vielen Projekten und im jugendverbandlichen Alltag zeigt sich die große Kompetenz von Kindern und Jugendlichen mitzugestalten und ihr sensibles Gespür für Ungerechtigkeit, welche sie zu lösen bedacht sind.

### Rahmenbedingungen schaffen

Nicht immer engagieren sich Menschen langfristig und dauerhaft für eine Sache. Oft steigt die Bereitschaft für eine Mitarbeit, wenn es sich um ein konkretes Projekt handelt, mit dem sie sich persönlich identifizieren können. Auch diese eher kürzeren Engagementzeiten sind wichtig, weil auch dieses Engagement zur persönlichen wie gesellschaftlichen Bereicherung beiträgt, und manchmal wächst daraus auch die Lust auf eine längerfristige Aufgabe.

Insgesamt zeigt sich, dass ehrenamtliches Engagement sowohl die Gesellschaft als auch das Individuum in entscheidender Weise prägt. Es ermöglicht zum einen Spielraum und Optionen für die Entfaltung der Persönlichkeit des Individuums und zeigt zum anderen vielfältige Möglichkeiten zur Gestaltung einer zukunftsfähigen und solidarischen Gesellschaft auf. Des Weiteren wäre unsere Zivilgesellschaft um vieles ärmer und unsolidarischer, wenn nicht ein beträchtlicher Anteil von ehrenamtlich Tätigen gestaltet und geleistet würde. In diesem Sinne müssen wir weiter daran arbeiten, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen und die vielen ehrenamtlich Tätigen in ihrer Arbeit wahr- und ernstzunehmen. Nur so werden wir auch in Zukunft Gesellschaft gestalten und die Früchte der Arbeit ernten können, die durch das viele ehrenamtliche Engagement geleistet wird.

| Katharina Norpoth

Bundsvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend

## Wie eine Idee laufen lernt

#FriedensFinderinnen – ein interreligiöses Netzwerk von Frauen will Initiativen für den Frieden sichtbar machen und neue anregen

**Erstmals hat sich ein interreligiöses Netzwerk von Frauenorganisationen – christliche in ökumenischer Verbundenheit, jüdische und muslimische – für die Planung und Durchführung einer zentralen Veranstaltung beim 101. Deutschen Katholikentag in Münster zusammengetan. Ausgangspunkt der gemeinsamen Überlegungen war: Frieden lässt sich nur finden, wenn Fremdheit überwunden wird, wenn man miteinander spricht, füreinander Verständnis gewinnt und gesellschaftliche und politische Probleme, die uns alle betreffen, miteinander angeht. Dies gelingt nur, wenn viele Menschen an einem Strang ziehen.**

Nachrichten von einer zunehmenden gesellschaftlichen Verrohung, von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und sinnloser Gewalt erreichen uns täglich. Schon Kinder folgen dem schlechten Beispiel der Erwachsenen und diskriminieren andere wegen ihres Andersseins, seien sie körperlich beeinträchtigt oder Angehörige einer anderen Religion. Dieser Entwicklung ins Extreme, dieser Welle von Gewalt und Hass in unserer Gesellschaft und in anderen Ländern muss eine andere, positive Energie entgegengesetzt werden, die auf gegenseitigen Respekt und ein friedliches Miteinander zielt. Damit und mit der Frage, welcher Beitrag mit der Veranstaltung #FriedensFinderinnen geleistet werden kann, haben sich im Vorbereitungsprozess die Frauen des interreligiösen Netzwerkes auseinandergesetzt.

### Was motivierte die Netzwerk-Frauen, sich zusammenzutun?

Zunächst das Thema an sich: Frieden ist ein zentrales Thema der Frauenbewegung seit ihren Anfängen. Religiöse Frauen haben eine besondere Motivation, dafür einzutreten. Man denke etwa an die Initiative der KDFB-Präsidentin Hedwig Dransfeld zum Bau der Frauenfriedenskirche in Frankfurt a. M., die zwischen den beiden Weltkriegen errichtet wurde – mühevoll finanziert durch die Spenden zahlloser

Frauen. Mit den #FriedensFinderinnen beim Katholikentag in Münster kann an dieses "Friedenserbe" der Frauenbewegung angeknüpft werden.

Der Blick einer Ordensfrau auf die Friedensfrage ist von ganz eigenen Erfahrungen geprägt. Viele Ordensgemeinschaften setzen sich direkt oder indirekt für den Frieden unter Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen ein. Das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben bei aller Vielfalt wird als ein Grundauftrag christlichen Lebens betrachtet. In den Ordensgemeinschaften hat das Bemühen um ein friedliches Miteinander seinen Platz im alltäglichen Gebets- und Gemeinschaftsleben. Nach außen hin tragen Ordensleute an den Orten ihrer Tätigkeiten, durch ihre Beteiligung an Friedensinitiativen und Diskussionsforen aktiv zum interreligiösen Dialog und zum Frieden bei. Jede Veranstaltung, die dies fördert – so auch die #FriedensFinderinnen –, verdient deshalb die Unterstützung durch Ordensfrauen und -männer.

Der Muslimin in der Vorbereitungsgruppe, die Imamin bei einer liberalen Gemeinde und Bildungsreferentin beim Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung ist, ist es besonders wichtig, auch den Gedanken des "Geschlechterfriedens" mit in die Überlegungen einbringen zu können.

Die Vertreterin von AGENDA, dem Netzwerk katholischer Theologinnen, fühlt sich durch die Anknüpfungspunkte an frühere Erfahrungen zur Mitarbeit angeregt. So war für sie die Teilnahme an einer gemeinsamen Tagung von THEOLOGANDA (argentinisches Netzwerk) und AGENDA im Jahr 2016 in Buenos Aires zum Thema "Friedensräume" prägend. Bei dieser Gelegenheit besuchten die Teilnehmenden die "barrio", die armen Vororte, und lernten sie als Orte sozialen und sozial-pastoralen Handelns kennen. Viele persönliche Erfahrungen in Konfliktgebieten in Europa und Asien rief dieser Besuch wach. So war es für die Theologin gar keine Frage, sich bei der Initiativgruppe der #FriedensFinderinnen einzubringen.

Die Vertreterin der kfd hat die Idee des interreligiösen Netzwerkes von Anfang an begeistert. Auf der einen Seite inhaltlich, weil es für sie eine gute Idee ist, das Friedenspotential der abrahamitischen Religionen aus der Sicht von

Frauen anzuschauen; auf der anderen Seite, weil es eine spannende Perspektive war und ist, mit interessanten Frauen und Vertreterinnen unterschiedlicher Religionen, Organisationen und Verbände eine Veranstaltung vorzubereiten, die einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt und den Menschen mit allen Sinnen fordert. Mit dieser Initiative knüpft die kfd in Münster darüber hinaus an eine beeindruckende eigene Tradition an. Dort gibt es nämlich seit über 60 Jahren das von Frauen getragene Friedensgebet. Jede Woche wird es von einer anderen kfd-Gruppe gestaltet.

## **Was wünschen sich die Netzwerk-Frauen im Blick auf die interreligiös getragene zentrale Veranstaltung beim Katholikentag in Münster?**

Zunächst einmal ist da der Wunsch, dass sehr viele Frauen – und auch Männer – auf den Domplatz in Münster kommen und diese Performance miterleben und mitgestalten. Mit der Veranstaltung kann dies in einer Weise geschehen, die sowohl sensibel als auch kraftvoll und zugleich anregend und ästhetisch ansprechend ist. Die Veranstaltung will Mut machen, dass das Friedensengagement vor Ort in den Gemeinden, Dörfern und Städten, in den Gruppen der Verbände – und sei es noch so klein und unauffällig – weiter gelebt wird und sich nach dem Schneeballsystem weiter verbreitet. Die Veranstaltung soll dazu beitragen, dass viele wahrnehmen, dass Frieden nicht das Anliegen nur einer Religion oder einer Gruppe ist, sondern, dass sich alle dafür gemeinsam einsetzen müssen und dies auch heute schon tun. Der davon ausgehende gemeinsame Impuls soll über alle Grenzen hinweg gehen. Wenn viele Menschen dazu bewegt werden, sich bewusst und aktiv an interreligiösen Begegnungen zu beteiligen und die Veranstaltung eine ansteckende Freude und Lust auf eigene Aktivität verbreitet und dazu motiviert, Vorurteile loszulassen, auf Menschen zuzugehen, ist viel erreicht. Alle, die gegen die Ängste und merkwürdigen Wahrnehmungen unserer Gesellschaft eine andere Sicht leben wollen, sollen ermutigt werden. Es soll ein Bewusstsein dafür geweckt werden, dass es eine Gerechtigkeitskrise als soziale Krise gibt und dies Ursache für soziale Spannungen ist und nicht etwa der oder die Fremde nebenan.

Wenn viele interreligiöse Netzwerke an einem Strang ziehen, kann dies Offenheit und Toleranz, den Abbau von Barri-

eren – vor allem in den Köpfen – fördern und das Bewusstsein stärken, dass nur im Frieden ein glückliches und gutes Miteinander möglich ist.

## **Welche Impulse wünschen sich die Netzwerk-Frauen für die eigene Organisation bzw. Gruppe als Teil dieses neuen interreligiösen Netzwerkes? Welchen Mehrwert ziehen sie aus den neuen Erfahrungen miteinander und welche Perspektive sehen Sie für das Netzwerk?**

Einem Netzwerk von #FriedensFinderinnen muss es darum gehen, pragmatisch Barrieren im Alltag zu überwinden, Schulter an Schulter gemeinsam Probleme anzugehen und Lösungen zu suchen. Die Erfahrung der Solidarität innerhalb eines solchen interreligiösen Netzwerkes kann neue Kraft geben, auch die Menschen zu erreichen und mitzunehmen, denen es schwerfällt, sich auf Neues und (noch) Fremdes einzulassen. Die kfd sieht die Chance, verstärkt auf Frauen anderer Religionen zuzugehen und miteinander Leben und Glauben zu teilen. Ein interreligiöses Netzwerk erweitert immer wieder die eigene Sichtweise. Der KDFB begreift das Projekt als einen Impuls, verschiedene Aspekte seiner Arbeit noch mehr als Engagement für den Frieden zu begreifen. Alle Netzwerk-Frauen sind sich darin einig, dass ein Fortbestehen des Netzwerkes die Möglichkeit bieten würde, sich noch weiter interreligiös zu vernetzen, voneinander zu lernen und zu profitieren und aus den gemeinsamen Zielen und Gedanken gestärkt hervorzugehen. Nach dem Katholikentag in Münster müssen dafür ein struktureller Rahmen bzw. konkrete Orte der Erfahrung noch gefunden werden.

### ***Interreligiöse Performance – #FriedensFinderinnen – Ein bewegender Impuls***

*unter Mitwirkung von Imamin Rabeya Müller, Prof. Dr. Gesine Schwan, Rabbinerin Natalia Verzhbovska, Prof. Dr. Martha Zechmeister CJ u. a.  
Freitag, 11. Mai 2018, 15.00-16.30 Uhr, Domplatz Münster*

Nathalie Pieper und Lioba Speer (ZdK) sowie Mitglieder des interreligiösen Netzwerkes (kfd, KDFB, Ordensoberinnen der DOK, AGENDA – Forum katholischer Theologinnen, Frauenarbeit im Ev. Kirchenkreis Münster, Zentrum für Islamische Frauenforschung und –förderung, European Union for Progressive Judaism)



Der klimaneutrale Versand  
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee  
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken  
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

## "Preis der Deutschen Katholikentage"

Auszeichnung für Kinderstadt und zwei Sozialprojekte

**Seit 170 Jahren stehen Katholikentage im Dienst des Dialogs zwischen Kirche und Welt, zwischen Katholiken und den "Menschen guten Willens". Katholikentage lassen den Geist und die Botschaft des Zweiten Vatikanischen Konzils in Kirche und Gesellschaft lebendig werden. Darum wird seit 2012 der Aggiornamento-Preis an Initiativen verliehen, die sich mit drängenden gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigen. Der Begriff "Aggiornamento" stammt aus dem Italienischen, bedeutet "Verheutigung" und geht auf Papst Johannes XXIII. und dessen Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils zurück. Er bezieht sich auf die Öffnung der Kirche in der modernen Welt.**

Dem Projekt "KjG-Kinderstadt" des Diözesanverbandes der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) in Köln wurde am 15. März der erste Preis beim "Preis der Deutschen Katholikentage" zuerkannt: Bei der Ferienaktion für Kinder können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer fünf Tage lang in die verschiedenen Rollen und Berufe schlüpfen, die es in einer Stadt gibt. "Die Jury war besonders von der kreativen Methode beeindruckt, mit der Kinder für politische Inhalte begeistert werden. Auch das sehr gut durchdachte Konzept hat überzeugt", so die Begründung für den ersten Platz, der mit 5.000 Euro dotiert ist. Der Diözesanverband Augsburg des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) belegt mit "HERZ ZEIGEN" den zwei-

ten Platz und erhält 3.000 Euro Preisgeld. Das Projekt unterstützt Geflüchtete aber auch Ehrenamtliche, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind. "Besonders der Aufruf zum christlichen Blick zurück auf Herzlichkeit und Mitgefühl und weg von Statistiken und Zahlen in der Flüchtlings-Diskussion hat die Jury für das Projekt begeistert."

Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) aus Ibbenbüren im Bistum Münster kann sich über den dritten Preis und 2.000 Euro für das Projekt "Altersarmut begegnen" freuen. Die Jury überzeugte die Zielsetzung des Projektes, ältere, von Armut bedrohte oder betroffene Menschen in den Blick zu nehmen. Das Projekt soll deshalb als ein vorbildliches Modell ausgezeichnet werden.

Während des Katholikentags in Münster wird der Preis vom Präsidenten des ZdK, Prof. Dr. Thomas Sternberg, bei einer Feierstunde verliehen. Das erstplatzierte Projekt bekommt neben dem Preisgeld auch eine Stele verliehen. Diese wurde vom Künstler Günter Malchow aus Münster gestaltet. Sie zeigt symbolisch zwei Positionen, die sich auf einem Forum treffen und Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen. Die Stele ist in den Stadtfarben von Münster gestaltet.

Das Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro stammt aus der Stiftung "Lumen Gentium". Diese wurde vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ins Leben gerufen. Mit dem Namen der Kirchenkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils umreißt die Stiftung zugleich ihren Anspruch und Auftrag, einen wirksamen Beitrag zu leisten zur Evangelisation, der „Verkündigung der Botschaft Christi durch das Leben und das Wort ... in den gewöhnlichen Verhältnissen der Welt“ (LG 35). Die Stiftung "Lumen Gentium" richtet ihre gesellschaftsgestaltende Kraft auf die Erfüllung der Vision einer weltrelevanten Kirche. Sie will die Stimme der mündigen Laien in der Kirche sein, den unabhängigen Dialog zwischen Kirche und Welt fördern und die Eigenständigkeit des Laienapostolates der katholischen Kirche stärken.

| Theodor Bolzenius  
Pressesprecher ZdK

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn  
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48  
Mail [presse@zdk.de](mailto:presse@zdk.de) Web [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

Herausgeber  
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion  
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:  
[www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner](http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner)